
BARGELD-OBERGRENZE

Die Bundesregierung will auf europäischer Ebene eine Obergrenze für Bargeldzahlungen in Höhe von 5.000 Euro durchsetzen. Damit sollen Geldgeschäfte von Kriminellen und Extremisten erschwert werden. Halten Sie eine solche Obergrenze für Bargeldzahlungen grundsätzlich für sinnvoll, um das Ziel der Kriminalitätsbekämpfung zu erreichen?

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik , Universität Potsdam:

Die Bargeld-Obergrenze und die (nahezu zeitgleiche) Abschaffung des 500€ Scheines wirken absolut unsozial! Es begünstigt die mobileren Reichen. Für jedermann wird die Möglichkeit, den Nominalwert der Ersparnis zu sichern, stark erschwert (die Altersarmut steigt tendenziell). Die Menschen werden in den Gegenwartsverbrauch, risikobehaftete Sparformen (einschl. des kleinen Goldbarrens) und Politikaversion getrieben.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die Maßnahme wird zwar nicht viel bringen, kostet aber praktisch auch nichts. Die ganz großen Scheine werden tatsächlich zu einem Großteil in der Schattenwirtschaft und in der Kriminalität verwendet.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Bargeldgeschäfte mit hohen Geldsummen werden fast nur im Schattensektor getätigt. Ich z.B. benutze Bargeld nur in Kaffees und teilweise in Lebensmittelgeschäften. Alles andere wird mit Kreditkarte erledigt.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

In einem freiheitlichen Rechtsstaat regeln die Bürger ihre persönlichen Angelegenheiten in eigener Regie, und dazu gehört die Verwendung von Bargeld ohne staatliche Einmischung.

Dr. Dirk Schlotböller Chefvolkswirt, DIHK:

Eine Bargeld-Grenze beschneidet nicht nur Kunden in ihren Zahlungsmöglichkeiten, sondern schränkt die unternehmerische Freiheit für Geschäftsleute ein und stellt eine Reihe von Branchen unter Generalverdacht. Hinzu kommt der steigende Kontrollaufwand.

Prof. Dr. Erwin Amann Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Die Bargeld-Obergrenze ist kein geeignetes Instrument. Kriminelle Transaktionen werden sich nicht an die Bargeld-Obergrenze halten. Die Abschaffung des 500€ Scheines hingegen halte ich für wünschenswert. Zwar werden die Transaktionen dann eben in SFr getätigt. Man muss aber nicht davon profitieren. Anstelle einer Bargeld-Obergrenze wäre aber eine Untergrenze von 5000 € ab der eine Abwicklung per Überweisung gefordert werden darf sinnvoll.



Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Finanzminister Schäuble sagte, dass er niemals das Bargeld vollständig abschaffen wollte. Ich glaube ihm kein Wort, wenn ich allein die Halbwertszeit seiner Aussagen zur Euro-Griechenland-Krise nehme. Es geht mittel- und längerfristig darum, die Staatsschulden abzubauen zu Lasten der Sparer und negative Zinsen zu ermöglichen.

Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Die Beschränkung des Bargeldverkehrs ist ein weiterer Schritt zur staatlichen Überwachung der Bürgerinnen und Bürger und ein Verlust an persönlicher Freiheit.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Der Eintritt in den Überwachungsstaat. Bargeld ist Freiheit! Freiheit hat aber Risiken - deshalb schaffen wir sie nicht ab - oder?

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:
Ein weiterer Versuch, die Freiheitsrechte einzuschränken.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Bargeldobergrenze scheint mir eher auf die Absicht zurückzuführen zu sein, Negativzinsen durchzusetzen. Die anderen Begründungen sind nicht wirklich durchschlagend.

Prof. Dr. Tim Krieger Wilfried-Guth-Stiftungsprofessur für Ordnungs- und Wettbewerbspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Begrenzung der Bargeldzahlung wäre weitgehend wirkungslos, weil Kriminelle leicht alternative Wege der Geldwäsche finden. Mit Terrorbekämpfung hat das Ganze überhaupt nichts zu tun, denn Terrorfinanzierung ist "money laundering in reverse", d.h., die Geldtransfers sind - in kleiner wie in großer Stückelung - zunächst legaler Natur, während erst der Empfänger sie einem illegalen Zweck zuführt. Die Strafverfolgungsbehörden müssen also - anders als bei der klassischen Geldwäsche - die illegale Intention des Transfers nachweisen, was enorm schwierig ist. Warum dann also die 5000-Euro-Obergrenze? Um den Einstieg in die Abschaffung des Bargelds zu schaffen. Ist das Bargeld erst einmal abgeschafft, sind negative Zinsen, lückenloser Überwachung und vor allem ein exzessiver Steuerstaat, dem die Bürger nicht mehr ausweichen können, die nächste Stufe - also alles, wovon Finanzminister und Geheimdienste seit jeher träumen. Der Verlust an individueller Freiheit wird immens sein; ein Korrektiv wird nicht mehr existieren.

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors - Cortal Consors:

Auch im unbaren Zahlungsverkehr gibt es viele Möglichkeiten zur Geldwäsche und Terrorfinanzierung. Daher ist eine Begründung der Einschränkung der Bargeldnutzung nicht schlüssig.



Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

In den EU-Ländern, in denen es bereits Bargeld-Obergrenzen gibt (wie Frankreich, Italien, Spanien), sind die angestrebten positiven Effekte bescheiden. Das verwundert auch nicht. Terroristen, Geldwäscher, Steuerhinterzieher und Schwarzgeldzahler finden immer Wege für ihre krummen Geschäfte. Es bedürfte schon eine weltweite Bargeld-Obergrenze, um dies wirksam einzudämmen. Wunschenken! Das weiß wohl auch der Bundesfinanzminister, so dass er sich schon die Frage gefallen lassen muss, ob es ihm letztlich nicht um etwas ganz anderes geht: nämlich früher oder später die Abschaffung des Bargelds. Da müsste er allerdings noch viel Überzeugungsarbeit leisten, da die Deutschen nun einmal sehr an ihrem Bargeld hängen.

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Es ist doch eine Illusion zu glauben, dass mit einer offiziellen Obergrenze für Bargeldzahlungen die Schattenwirtschaft und Kriminalität wirksam bekämpft werden kann.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es ist halt eine zweiseitige Sache...

Prof. Dr. David Stadelmann Professur für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Entwicklungsökonomik, Universität Bayreuth:

Das Risiko einer Substitution zu einer Kryptowährung (Bitcoin) wird viel zu wenig mitbetrachtet. Der Einstieg in eine Kryptowährung hat gewisse Fixkosten. Sobald diese getätigt sind, erlaubt die Kryptowährung eine sichere, internationale und anonyme Geldzahlung.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Ein solcher Schritt wäre für den gewöhnlichen Geschäftsverkehr verträglich; allerdings steht zu erwarten, dass Kriminelle auch wieder andere Wege für den Zahlungsfluss finden werden.

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Bargeld-Obergrenze wäre eine Scheinlösung gegen Geldwäsche. Könnte als (billiger) "Ersatz" für ernsthafte (und aufwändige) Aktivitäten dienen.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Wenn es bei 5.000 Euro bleibt, kein Problem

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Wir haben es hier eben mit einem klassischen Trade Off zu tun: Freiheit vs. Kriminalitätsbekämpfung.



PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Es gibt kein vernünftiges legales Motiv, Transaktionen oberhalb von 5.000 bar zu bezahlen. Das Freiheitsargument wird in der Debatte überstrapaziert. Ein "Bankgeheimnis" wird schon lange nicht mehr akzeptiert und auch bei grenzüberschreitenden Kapitaleinkünften besteht heute ein gesellschaftlicher Konsens, dass Transparenz und Kontrolle möglich sein müssen um die Allgemeinheit vor Steuerhinterziehung zu schützen. Der Autohändler in der Schattenwirtschaft hat ebenso wenig ein Recht auf Anonymität wie der Sparer in Luxemburg.

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Sie haben die Argumentation von Sinn vergessen: Ziel ist die Erhöhung des Negativzinses. Im Fall eines Anschlags, Krieg, Atomunfall etc. wäre fehlendes Bargeld fatal. Bargeld erfüllt eine Notfallfunktion!

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Ich finde, das macht schon Sinn, wenn es denn nicht zu einer gänzlichen Abschaffung von Bargeld führt. Wir sollten jetzt der Bundesregierung keine unlauteren Motive unterstellen.

Dr. Dirk Ehnts Lecturer in Economics, Politics and Social Thought, Bard College Berlin:

Bargeld könnte in Zukunft mit anonymen Geldkarten o.ä. ersetzt werden, die aber ebenfalls staatlichen Ursprungs sein sollten.

FRAGE

Das Überangebot auf dem Weltmarkt und eine vergleichsweise geringe Nachfrage haben zuletzt zu einem weiteren Rückgang des Ölpreises geführt. Seit Mitte 2014 ist er um rund 70 Prozent eingebrochen und kostete zeitweise weniger als 30 Dollar je Fass. Einige Länder wie Venezuela stehen deshalb bereits kurz vor der Staatspleite. Wie beurteilen Sie folgende Aussagen?

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Der IWF wird Staatspleiten bei Ländern mit Westbindung verhindern. Einige Länder werden die Förderung steigern und so den Preis unten halten, selbst bei einigen Firmenpleiten weltweit, schon um Haushaltsprobleme zu einzudämmen und die eigene Staatspleite zu verhindern. Der niedrige Ölpreis erhöht die geopolitische Instabilität – aber "stärkt" unmittelbar die USA und die "verbündeten" Länder.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Back to the basics: Letztlich gibt es einfach zu viel Angebot an Erdöl.



Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Der Haupteffekt ist bereits in den Zahlen von 2015 enthalten!

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Staatspleiten sind bei manchen Ölländern möglich, aber nicht primär durch den Preisverfall des Öls, sondern vielmehr durch ihre extreme sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik. Förderkürzungen könnten vorübergehend ein wenig helfen, aber bekanntlich sind solche Kartelle langfristig nicht stabil. Selbst wenn zurzeit manche Ölländer unter den Herstellungskosten anbieten und möglicherweise ausfallen werden, bleibt dennoch das Gesamtangebot durch neue Anbieter (Iran) über der Gesamtnachfrage.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Der Rückgang der Rohölpreise mindert die seit Jahrzehnten extrem hohen Abflüsse von Realeinkommen in die Öl exportierenden Staaten und gibt den Europäischen Volkswirtschaften etwas Luft zum Atmen in beengter Lage.

Dr. Dirk Schlotböller Chefvolkswirt, DIHK:

Die gesunkenen Ölpreise schaffen weltweit Kaufkraft und stützen den Konsum. Zunehmend werden aber auch Alarmzeichen sichtbar: So ist der Preisverfall auf breiter Front zunehmend Ausdruck einer schwachen Weltkonjunktur. Zudem leidet die Nachfrage in den Förderländern, vielfach noch verschärft durch massive Währungsabwertungen. Hinzu kommt: Ein allzu niedriger Ölpreis entwertet Investitionen in Förderanlagen.

Prof. Dr. Erwin Amann Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Voraussetzung für eine sinnvolle Entwicklung des Ölpreises wäre eine Koordination der US Förderer mit der OPEC. Eine Subventionierung von Fracking ist ökonomisch und politisch abzulehnen.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Der Verfall der Ölpreise ist vor allem auf neue Anbieter (USA, Iran) und auf einen Wettbewerb um Marktanteile zurückzuführen. Zusätzlich spielt die nachlassende Nachfrage, insbesondere aus Schwellenländern die wesentliche Rolle. Das Wachstum dort wird zudem weniger rohstoffintensiv (China).

Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Es gibt zahlreiche gegenläufige Faktoren, die einen Gewinnsprung deutsche Unternehmen verhindern werden. Die Börse scheint im Übrigen auch nicht damit zu rechnen, wie die Kursentwicklungen suggerieren.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Saudi Arabien führt einen Ölpreiskrieg - der ist noch nicht gewonnen!



Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungsweisen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die niedrigen Ölpreise dürften unter dem Strich eher der Weltkonjunktur zugutekommen. Für ölimportierende Länder wie Deutschland sind sie ein Vorteil. Mit Deflationsgefahr im eigentlichen Sinne hat dies nichts zu tun, jedenfalls nicht in den Ölimportländern.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Die USA haben in den vergangenen Jahren mehr als 250 Mrd. US\$ in Fracking und die Erschließung neuer fossiler Energie investiert. Dieses Geld ist nun verloren, da es nur bei den zuvor hohen Ölpreisen rentabel investiert war. Wenn man eine ähnliche Summe in die Entwicklung elektrischer und dezentraler Speichertechnologien investiert hätte, würden die erneuerbaren Energien in absehbarer Zeit auch bei den aktuellen Ölpreisen wettbewerbsfähig. Dann brauchten wir uns über Öl keine Gedanken mehr machen. Wir brauchten uns auch keine Gedanken mehr machen, ob und wofür einige dieser Ölländer ihr Geld ausgeben. Die Öleinnahmen werden nicht nur für deutsche Autos und Küchenmöbel ausgegeben. In den aktuellen Konflikten vor allem in Nordafrika sind insbesondere Ölmilliarden, die diese Konflikte befeuern und ermöglichen. Aus westlicher Sicht ist der langfristig nachhaltigste Weg zum Frieden der radikale Umstieg auf das, was der Westen am besten kann, Nutzung seiner Innovationskraft, um sich aus dieser unheilsamen Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu lösen, und der Welt eine technologische Alternative zu bieten, die auch das tatsächliche Ende des Klimawandels erzeugen könnte. Statt auf den Mars zu fliegen, wäre doch mal ein irdisches Technologieziel vielversprechend. I have a vision: „Ein alternatives Energiesystem mit Energiepreisen unterhalb der Extraktionskosten fossiler Brennstoffe bis 2025!“ Das hätte sogar den kleinen Nebeneffekt das in den westlichen Ökonomien wieder Jobs entstehen, die für die schwindende Mittelschicht eine Einkommensperspektive liefern könnten. Larry Summers tourt zur Zeit durch die Medien und spricht für die USA aber letztlich auch für den Westen von „Secular Stagnation“. Ob das wirklich ein reales Phänomen ist, wissen wir noch nicht. Ein massives Investitionsprogramm in ein wettbewerbsfähiges im Westen selbst produziertes Energiesystem könnte eine Antwort von der Angebots und Nachfrageseite sein.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Die Ölländer, die die Phasen hoher Ölpreise nicht genutzt haben, um ihre Wirtschaftsstruktur durch Industrialisierung zu diversifizieren, und ihr Staatsbudget hauptsächlich aus Einnahmen aus dem Ölexport finanzieren (z.B. Russland, Nigeria, Venezuela), werden sich sehr schwer tun, einen Staatsbankrott abzuwenden. In den ölimportierenden Ländern stützt der niedrige Ölpreis die Konjunktur. Das große strukturelle Problem ist, dass bei anhaltend niedrigem Ölpreis die Anreize zu energiesparendem Wirtschaften und Verbrauch geschwächt werden.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Der geringe Ölpreis geht maßgeblich auf die Entwicklungen auf der Angebotsseite zurück. Dieser Rohstoffpreis ist kein verlässlicher Frühindikator für die konjunkturelle Entwicklung.

PD Dr. Jochen Kurt Hartwig Leiter der Sektion Internationale Konjunktur, Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich:



Dr. Martin Moryson Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Der niedrige Ölpreis sollte - langfristig betrachtet - positiv für die Weltwirtschaft sein. Derzeit scheinen die negativen Folgen des niedrigen Ölpreises stärker im Vordergrund zu stehen als die positiven Wirkungen, die er in den Industrieländern und zahlreichen Schwellenländern, wie China oder Indien, entfaltet. Ein Teil der Konsumenten scheint verzögert auf das "Geschenk" zu reagieren. Das spricht dafür, dass die positiven Auswirkungen teils erst in der Zukunft sichtbar werden.

Prof. Dr. André Schmidt Lehrstuhl für Makroökonomik und Internationale Wirtschaft, Universität Witten-Herdecke:

Für die konjunkturellen Wirkungen des Ölpreises ist es wichtig zu unterscheiden, von welchen Determinanten der Preisverfall beeinflusst wird. Handelt es sich um einen Angebotsüberschuss, so wirkt ein niedriger Ölpreis eher konjunkturstimulierend. Ist der niedrige Ölpreis dagegen auf ein Rückgang der Nachfrage zurückzuführen, so ist eher damit zu rechnen, dass der geringe Ölpreis sich dämpfend auf die konjunkturelle Entwicklung auswirkt. Betrachtet man die aktuelle Entwicklung auf dem Rohölmarkt, so sprechen viele Indikatoren dafür, dass es sich bei der aktuellen Entwicklung eher um einen Nachfragerückgang handelt. Daher sind die fallenden Ölpreise eher als Vorboten für weltweit geringere Wachstumsraten anzusehen.

Prof. Dr. David Stadelmann Professur für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Entwicklungsökonomik, Universität Bayreuth:

Der Ölpreis ist aufgrund des hohen Angebots so tief.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Der niedrige Ölpreis zeigt mehr und mehr auch seine Schattenseiten; allerdings gibt es sowohl von der Nachfrage (Weltkonjunktur) als auch vom Angebot (u.a. Iran) keine starken Bewegungen in die Gegenrichtung

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Beim Ölpreis ist es vor allem die Stärke der Preisänderung, die Sorge bereitet und die generelle Unsicherheit an den Finanzmärkten erhöht.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Es gibt einige Vorboten einer weltweiten Krise - selbst der Goldpreis fängt an zu steigen. Ich glaube aber, dass die Trendwende am Ölmarkt kommt und sich die weltwirtschaftliche Lage normalisiert.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

nicht aller, aber einiger Unternehmen, die sehr energieabhängig sind

Dr. Dirk Ehnts Lecturer in Economics, Politics and Social Thought, Bard College Berlin:

Der Preis basiert auf Erwartungen und ist durch "fundamentals" nur teilweise zu erklären. Die Eurokrise mit der Sparpolitik hat das Weltwirtschaftswachstum verlangsamt, Europa ist ein Problem geworden. Das Vertrauen in eine schnelle Lösung ist nicht da.



FRAGE

Hat sich Ihre Einschätzung der konjunkturellen Lage im letzten Monat verändert?

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik , Universität Potsdam:

Nein.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

etwas schlechter

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Es dominieren zwei gegenläufige Effekte: Sinkende Nachfrage der Schwellenländer (BRIC-Staaten) bei steigender geopolitischer Instabilität gegenüber steigender Binnennachfrage durch die Flüchtlingsfinanzierung.

Prof. Dr. Erwin Amann Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

ja

Prof. Dr. Dirk Sauerland Lehrstuhl für Institutionenökonomik und Gesundheitssystemmanagement, Universität Witten-Herdecke:

nein

Prof. Dr. Norbert Berthold Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Julius-Maximilians-Universität Würzburg:

nein

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung , Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Leicht verbessert

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Nein

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Nein



Prof. Dr. Vincenz Timmermann Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre II, insb. Geldtheorie, Universität Hamburg:

nein

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Nein

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Unverändert

PD Dr. Jochen Kurt Hartwig Leiter der Sektion Internationale Konjunktur, Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich:

Ja

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

nein, bestenfalls marginal

Prof. Dr. Albrecht Michler Professur für Volkswirtschaftslehre, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

NEIN

Dr. Martin Moryson Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

nein

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Deutlich negativ, insbesondere für die mittlere bis lange Frist.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Leicht verschlechtert

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Kaum.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

nein



Prof. Dr. André Schmidt Lehrstuhl für Makroökonomik und Internationale Wirtschaft, Universität Witten-Herdecke:

nein

Prof. Dr. David Stadelmann Professur für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Entwicklungsökonomik, Universität Bayreuth:

nein

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

kaum

Prof. Dr. Tamás Bauer Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insb. Vergleich und Transformation von Wirtschaftssystemen, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main:

nein

Prof. Dr. Rolf Walter Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

nein

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

nein

Prof. Dr. Susanne Soretz Professur für Allgemeine Volkswirtschaftslehre sowie Wachstum, Strukturwandel und Handel, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald:

Nein.

Prof. Dr. Alfred Greiner Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Universität Bielefeld:

etwas positiver

Prof. Dr. Christian Pfeifer Institut für VWL, Universität Lüneburg:

nein

Prof. Dr. Jens Krüger Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftsforschung, TU Darmstadt:

Nein

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

nein



Prof. Dr. Laszlo Goerke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Eberhard Karls Universität
Tübingen:

Die Flüchtlingskrise wirkt wie ein Konjunkturprogramm!